

RS Vfgh 1999/9/28 B638/99

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 28.09.1999

Index

L1 Gemeinderecht

L1000 Gemeindeordnung

Norm

B-VG Art144 Abs1 / Legitimation

Nö GdO 1973 §35 Abs2 Z10

Nö GdO 1973 §38 Abs3

Leitsatz

Zurückweisung der Beschwerde einer Gemeinde mangels zugrundeliegenden Gemeinderatsbeschlusses; keine Willensäußerung des Bürgermeisters in Ausübung der Notkompetenz

Rechtssatz

Zurückweisung der Beschwerde einer Gemeinde.

Dem Verfassungsgerichtshof ist ein der Vollmacht zugrundeliegender Beschluß des Gemeinderates gemäß §35 Abs2 Z10 Nö GdO 1973, LGBl. 1000-9, der vor Ablauf der sechswöchigen Beschwerdefrist gefaßt wurde, nicht vorgelegt worden. Es liegt auch im erwähnten Zeitraum keine Willensäußerung des Bürgermeisters im Sinne des §38 Abs3 leg. cit. vor, die darüber hinaus nur bei Gefahr im Verzug wirksam abgegeben werden kann.

Der von der beschwerdeführenden Gemeinde vorgelegte Beschluß zur Bevollmächtigung vom 29.06.99 liegt außerhalb der Beschwerdefrist.

Da somit der Beschwerde weder vor Ablauf der Beschwerdefrist gefaßte Beschlüsse des Gemeinderates (vgl. VfSlg. 13.792/1994) noch eine Willensäußerung des Bürgermeisters in Ausübung der Notkompetenz gemäß §38 Abs3 Nö GdO 1973 zugrundeliegen, war die Beschwerde als unzulässig zurückzuweisen (vgl. VfSlg. 12.553/1990, 12.385/1990, 13.792/1994; sowie zur Rechtslage in NÖ VfSlg. 10.646/1985, 14.749/1997).

Entscheidungstexte

- B 638/99
Entscheidungstext VfGH Beschluss 28.09.1999 B 638/99

Schlagworte

VfGH / Legitimation, Gemeinderecht, Vertretung nach außen, Gemeinderat

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VFGH:1999:B638.1999

Dokumentnummer

JFR_10009072_99B00638_01

Quelle: Verfassungsgerichtshof VfGH, <http://www.vfgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

www.jusline.at